

Verfassungsdebatte:

Québecs Provinzregierung – „Eine neue Übereinkunft“

Die Bevölkerung der überwiegend französischsprachigen Provinz Québec soll nach dem Wunsch der Landesregierung im Frühjahr 1980 in einer Volksbefragung darüber entscheiden, ob die Provinzregierung Verhandlungen mit dem übrigen Kanada über eine völkerrechtliche Loslösung Québecs bei gleichzeitiger Wirtschafts- und Währungsunion anstreben darf. (Wortlaut S. S. 4 „Reden ja! Aber auch Taten!“)

Fast genau drei Jahre nach Amtsantritt hat die Provinzregierung zur Referendumsdiskussion ein Weißbuch mit dem Titel „Québec-Kanada: Eine neue Übereinkunft“ (La Nouvelle Entente – A New Deal) vorgelegt. Dieses Weißbuch mit dem Untertitel „Vorschlag für eine neue Partnerschaft unter Gleichen“ fordert einen völkerrechtlich unabhängigen Status für Québec und Wirtschaftsunion mit dem übrigen Kanada.

Das Weißbuch setzt bei einer Skizzierung des historischen Rahmens der Beziehungen zwischen französisch- und englischsprachigen Kanadiern an, umreißt die Entwicklung der föderalen Praxis der mehr als einhundertjährigen politischen Entstehungsgeschichte Kanadas

Fortsetzung S. 6

Ottawa – „Flexibilität des föderalen Systems“



Unmittelbar bevor die Quebecer Provinzregierung ihr Weißbuch zur Neugestaltung des Verhältnisses der Provinz zum übrigen Kanada vorlegte, äußerte sich ein Vertreter der Bundesregierung zur anstehenden Thematik.

Der Staatsminister für Beziehungen zwischen Bund und Provinzen, William Jarvis, machte in einem Interview mit der Montrealer Tageszeitung „Le Devoir“ unter anderem folgende Ausführungen:

„... wir glauben, daß neue politische oder administrative Arrangements, die mit den Provinzen auszuhandeln sind, das Konflikt- und Reibungspotential reduzieren dürfen und allen Kanadiern erkennbar machen, wer für was verantwortlich ist.

„Die Regierung ist durchaus bereit, bilaterale Vereinbarungen mit verschiedenen Provinzen und unterschiedliche voneinander abweichende Arrangements mit einzelnen Provinzen zu erwägen. Wir meinen, daß eine Bereitschaft, derartig unterschiedliche Übereinkünfte zu erwägen, unserem föderalen System jene Flexibilität zurückzugeben würde, die zur Befriedigung verschiedenartiger Bedürfnisse und Erwartungen in den verschiedenen Teilen Kanadas notwendig ist. „Darüberhinaus könnte sich dieses

Fortsetzung S. 6

Liberaler Partei Québecs – „Eine neue kanadische Föderation“

Wenige Tage nach Beginn dieses für die Diskussion um eine mögliche Neugestaltung der kanadischen Verfassung wichtigen Jahres hat die Führung der Liberalen Partei Québecs ihre Vorstellungen von einer Neuordnung vorgelegt. Danach würden alle Kanadier in einer Volksabstimmung zur Annahme einer neuen Verfassung aufgerufen werden. Einer Verfassung, die im Kern den Provinzen größere Vollmachten einräumen würde sowie einer stärkeren verfassungsmäßigen Verankerung der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Kanadier und einer verstärkten Berücksichtigung der sprachlichen und kulturellen Belange nicht nur der englisch- und französischsprachigen Gruppen, sondern auch der Ureinwohner, also der Amerindianer und Inuit (Eskimos) Rechnung tragen würde.

Das Paket von Vorschlägen, enthalten in einem 141 Seiten starken Dokument mit dem Titel „Eine Neue Kanadische Föderation“ unterstreicht den Gedanken des föderalen Zusammenhalts Kanadas, spricht sich aber in seinem Kernpunkt für die Neugestaltung der parlamentarischen Entscheidungsprozesse auf Bundesebene aus. Québecs Hauptoppositionspartei

Fortsetzung S. 6

Oberster Gerichtshof bestätigt Zweisprachigkeit



Kanadas Oberster Gerichtshof, the Supreme Court of Canada, hat am 13. Dezember 1979 in zwei einstimmig gefaßten Entscheidungen Gesetze der Provinzen Manitoba und Québec als nicht verfassungskonform zurückgewiesen, die den Status jeweils einer der beiden offiziellen Landessprachen, Englisch und Französisch, schmälerten.

So habe es die Vollmachten des Provinzparlaments von Manitoba überstiegen, der französischen Sprache 1890 den Rang einer Amtssprache abzuerkennen, einschließlich der Zulässigkeit der französischen Sprache vor den Gerichten der Provinz.

In einer zweiten Entscheidung erklärte der Supreme Court, es habe gleichermaßen die Vollmachten des Québecer Provinzparlaments überstiegen, 1977 mit dem sogenannten Bill 101 die Anwendung der englischen Sprache als Amtssprache, sowohl in der Formulierung von Gesetzen, als auch im Gebrauch vor den Gerichten einzuengen. Das Québecer Provinzparlament hat zwischenzeitlich alle 311 seit 1977 ausschließlich in französischer Sprachfassung erlassenen Gesetze noch einmal in ihrer englischsprachigen Version verabschiedet.

In Manitoba, wo nunmehr Tausende seit 1890 ausschließlich in englischer

Sprache ergangene Gesetze auch in der zweiten Landessprache nachzuvollziehen sind, rechnet man zunächst mit Übersetzungskosten von etwa 20 Mio. Dollar, bevor das dortige Parlament sie erneut, diesmal in ihrer französischen Fassung, verabschieden kann.

Das Supreme Court folgte mit seiner Entscheidung ausdrücklich einer vom Québecer Appellationsgericht getroffenen Formulierung, wonach der Gebrauch beider Amtssprachen im British North America Act, der kanadischen Verfassung, verankert sei. Keine Provinz habe das Recht, die Verfassung zu ändern.